

Riesner Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verantwortl. Redakteur: R. R. R.

Das Riesner Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Wittenberg, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Wittenberg, des Rates der Stadt Wittenberg, des Finanzamts Wittenberg und des Hauptamts Wittenberg bestellungsamtliche Blatt.

Verlag: R. R. R.

Nr. 72.

Mittwoch, 26. März 1930, abends.

83. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Eintritts von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preisänderung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für Bewilligte Rabatt erlischt, wenn der Vertrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konturs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesner. Kündigungsfrist: 14 Tage. Erzähler an der Elbe. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Döcker & Winterlich, Wittenberg. Geschäftsstelle: Götterstraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Ullmann, Wittenberg; für Anzeigen: Wilhelm Dietrich, Wittenberg.

Schachts Schwanengelang.

Es ist sehr still geworden um die Reichsbank. Man hört doch gegenwärtig nur Ertrüblisches aus der Pöbelstraße. Statt politischer Kundgebungen kam wiederum eine Diskontierung die unsere wirtschaftlichen Hoffnungen belebt. Die Zeit des schlimmsten Pessimismus scheint vorbei zu sein. Wir wollen gewiß keinem Umfall ins andere Extrem das Wort reden. Aber der Optimismus ist seinem Wesen nach schädlicher und wird jedenfalls auf Kapital und Arbeit anregend wirken. Noch thront in dem Allerheiligsten der Reichsbank Herr Schacht, der ja monatelang den Chor der Schwarzseher anführte. Seit seinem Rücktritt hat er sich freilich nicht mehr durch scharfe Meinungsäußerungen bemerkbar gemacht. Es ist doch seine selbstverständliche Pflicht, dem gewählten und bestellten Nachfolger keine Schwierigkeiten dadurch zu machen, daß er das große Zentralinstitut der Finanzen nach so guter Arbeit durch seine persönliche Stellungnahme belastet. Denn Herr Schacht behält nicht mehr das Vertrauen der öffentlichen Meinung. Ohne seine früheren Verdienste kühnler zu wässern, stellt man allgemein fest, daß er sich bei seinen Meinungsäußerungen mit der Wilhelmstraße zu weit vorgewagt und über seinen eigenen Wirkungsbereich hinausgegangen hat. Nun vernimmt man allerdings mit einiger Befürchtung, daß der bisherige Reichsbankpräsident bei seiner Verabschiedung am 3. April noch einmal seine persönlichen Ansichten zur Lage darlegen will. Das müßte auf einen neuen Vorstoß gegen die Reichsregierung hinauslaufen. Gewiß könnte man es Herrn Schacht nicht verdenken, wenn er das Bedürfnis hätte, einen Gesamtüberblick auf die letzten Jahre seiner Tätigkeit an der Spitze der Reichsbank zu geben. Aber wir verzichten auf eine tendenziöse Auslegung der Vorgänge, die mit seinem Rücktritt endeten. Auch Herr Schacht will seinen Amtsantritt nicht mit einer Schächtchen Abschiedsfahrt einleiten lassen. Im Zentralausblick der Reichsbank soll die Amtübernahme mit einem gewissen feierlichen Zeremoniell vor sich gehen. Daraus verlangt mit Recht Garantien dafür, daß der Vorgänger sich in dieser Sitzung auf eine Rede beschränkt, die keinerlei wirtschaftspolitischen Streit entzünden kann. Das mag dem Temperament des Herrn Schacht, der sich den Eindruck seiner Amtsniederlegung anders vorgestellt hatte, sehr schwer fallen. Wenn Herr Schacht als Privatmann hinterher seine Kritik an den finanzpolitischen Bindungen durch den neuen Mann vorbringen will, so kann ihm das niemand verwehren. Aber man dürfte sich wohl allgemein darin einig sein, daß der Präsidentenwechsel am 3. April keinen Anlaß zu Sensationen geben darf.

Noch kein Ergebnis der Parteiführerbefprechung.

Wien (Telunion). Die Befprechung der Führer der Regierungsparteien, die am Dienstag abend gegen 10 Uhr beim Reichsanwalt begann, wurde um 1/2 Uhr nachts abgebrochen. In der Befprechung wurden die einzelnen Punkte des Finanzprogramms der Reichsregierung eingehend erörtert. Die Parteiführer werden am Mittwoch vormittag ihren Fraktionen Bericht erlassen. Die Beratungen der Parteiführer sollen am Mittwoch nachmittag um 4 Uhr unter dem Vorsitz des Reichsanwalts fortgesetzt werden. Die Verhandlungen des Steueranschlusses, ursprünglich für Mittwoch geplant, fallen hiernach aus. Der Verlauf der Dinge am Mittwoch wird der sein, daß im Laufe des Vormittags die Fraktionen mit ihren Fraktionsführern beraten, daß danach die Parteiführer der fünf Regierungsparteien unter sich eine Befprechung abhalten, und daß dann um 4 Uhr in der Reichskanzlei die Verhandlungen mit der Reichsregierung fortgesetzt werden.

Zu dem Verlauf der Parteiführerbefprechung in der Reichskanzlei erhebt die Telegrammenunion von unterzeichneter Seite, daß der Stand der Dinge von einer der beteiligten Parteien als nicht günstig bezeichnet wird. Man nimmt an, daß das Reichskabinett sich mit dem Ergebnis der für Mittwoch nachmittag 4 Uhr anberaumten Parteiführerbefprechung noch im Laufe des Mittwoch abend beschäftigen wird und daß dann eine endgültige Entscheidung über die Stellungnahme der Reichsregierung zu der Haltung der Parteien fällt.

Der Bepelin-Dienst Deutschland—Amerika gesichert.

New York (Telunion). Der Vorsitzende der National City Bank gibt bekannt, daß nach Rücksprache mit Dr. Cederer zwischen der Bank und mehreren Firmen ein Vereinbarung über die Errichtung eines Bepelin-Dienstes zwischen Amerika und Deutschland erzielt worden sei. Bei den beteiligten Firmen handelt es sich um folgende: Aluminium Corporation of America, Good Year Tire and Rubber Company, Carbide Corporation. Auch die Unternehmung der General Motors United Aircraft hat die Teilnahme zugesagt. Wenn auch die Finanzfrage sowie die Höhe der Beteiligung der einzelnen Firmen noch ungeklärt ist, so steht doch jetzt einwandfrei fest, daß die Amerikaner tatsächlich gewillt sind, die Errichtung einer Luftschiffverbindung über den Atlantik in Angriff zu nehmen.

Ergebnisloser Verlauf der Ministerpräsidentenwahl.

Der Antrag auf Auflösung des Landtages auf 1. April vertagt.

Sächsischer Landtag.

III. Dresden, 26. März 1930.

Haus und Tribünen sind voll besetzt. Zunächst wird die Wahl von 10 Mitgliedern und je 2 Stellvertretern für die Gemeindefamern vorgenommen. Dann erst begründet Abg. Renner den kommunistischen Antrag auf Auflösung des Landtages. Er schildert zunächst die Situation, wie sie sich nach seiner Meinung augenblicklich ergibt. (Ein Nationalsozialist ruft ihm zu: Sag doch mal was Neues, aber nicht immer den alten Mist! Präsident Wedel: Ich bitte, berartige Ausdrücke nur außerhalb des Hauses zu gebrauchen. Weiterer: Der Redner denkt dann offenbar gar nicht mehr an den Auflösungsantrag, sondern wendet sich seinem Lieblingssthema „Sowjet-Rußland über alles“ zu. Später beschließt er sich mit den Nationalsozialisten und den Sozialdemokraten. Die Entscheidung über die Regierungsbildung dürfe nicht von den Parteien des Landtages getroffen werden, die einzig seien im Kampfe gegen das Proletariat, sondern von der Masse der Wähler. Deshalb müsse der Landtag aufgelöst werden.)

Abg. Bödel (Soz.) meint, nur die Sozialdemokratie könne durch Neuwahlen gewinnen. Die kommunistische Partei befinde sich organisatorisch in den größten Schwierigkeiten, und doch wolle sie der SPD. vorschreiben, welche Taktik sie bei der Regierungsbildung einzuschlagen habe. Erst müsse der Versuch einer Regierungsbildung ernstlich unternommen werden, ehe man zu einer Auflösung des Landtages komme. Der Redner erörtert dann die Möglichkeiten der Regierungsbildung und erklärt, die SPD. lege keinen besonderen Wert darauf, in einer großen Koalition den Ministerpräsidenten zu stellen.

Abg. Klaus (Dem.) erst mühten alle Möglichkeiten erschöpft werden, zu einer neuen Regierung zu kommen, ehe der Landtag aufgelöst werde.

Abg. Busch (LSP.) bezeichnet es als eine Rücksichtslosigkeit und einen Mißbrauch der Zeit der Abgeordneten, zu jedem Punkte der Tagesordnung lange Parteidreden zu halten. Es dürfe nicht bei jeder kleinen Differenz im Parlament ein Mißtrauens- und Auflösungsantrag kommen. Der Redner verteidigt dann die Haltung seiner Parteifreunde gegenüber den Angriffen des Abg. Bödel. Hierauf erklärt Präsident Wedel, ein Antrag auf Zusammenlegung der ersten und zweiten Beratung des kommunistischen Auflösungsantrags sei nicht gestellt worden; der Antrag werde also wieder auf der Tagesordnung erscheinen und dann zur Abstimmung gelangen.

Es folgt hierauf eine scharfe Auseinandersetzung über die Gültigkeit der erfolgten Wahl von 10 Mitgliedern für die Gemeindefamern zwischen den Abgeordneten Dr. Cederer und Dr. Müller. Die Wahl wird für gültig erklärt und sodann die Wahl der Vertreter zur Gemeindefamern angenommen.

Es folgt die

Wahl des Ministerpräsidenten.

Hierzu verliest Abg. Klaus (Dem.) eine längere Erklärung, in der es heißt: Weder eine Ministerregierung mit den Kommunisten, noch eine Ministerregierung mit den Nationalsozialisten kann Bestand haben. Nur durch Zusammenfassung der Mitte kann eine dauerhafte Regierung gebildet werden. Die Demokraten werden einer aktionsunfähigen Minderheit nicht zur Wahl verhelfen und den Präsidenten Dr. Wedel, gegen dessen Verfall sie nichts einzuwenden haben, nicht wählen, sondern Herrn Dr. Müller.

Abg. Renner (Komm.) verliest ein langes Schriftstück, durch das erklärt wird, die kommunistische Fraktion werde einen eigenen Kandidaten wählen.

Es werden 94 Stimmzettel abgegeben (Abg. Dr. Dehne (Dem.) und Müller-Planitz (Soz.) fehlen); davon entfallen 44 Stimmen der Deutschnationalen, des Bauvolks, der Wirtschaftspartei, der Deutschen Volkspartei, der Nationalsozialisten und der Volkrechtspartei auf den Präsidenten Dr. Wedel, 23 Stimmen der Sozialdemokraten auf den Reichstagsabgeordneten Fischer, 11 Stimmen der Kommunisten auf den Landtagsabgeordneten Renner, 5 Stimmen der Demokraten und wahrscheinlich eines Nationalsozialisten auf Reichsminister a. D. Dr. Müller, während ein Zettel unbeschrieben ist.

Dornier Wal D 1747 zum Verflugsflug gekartet.

Travemünde. Die Deutsche Luftfahrt beabsichtigt bekanntlich, demnächst einen Luftpostdienst zwischen Deutschland und Südamerika einzurichten, dessen Durchführung etappenweise vor sich gehen soll. Die diesjährigen Verflugsflüge wurden am gestrigen Dienstag von Travemünde aus angesetzt. Um 10.30 Uhr startete am Danzigerischen Verflugsplatz der Dornier Flugwal D 1747 unter der Leitung des Flugkapitäns Richter zum ersten Etappenflug Travemünde — Southampton. Die nächste

Der Präsident stellt fest, daß die Wahl ergebnislos geblieben sei, da keiner der Gewählten die verfassungsmäßig vorgeschriebene Mehrheit der abgegebenen Stimmen erhalten habe.

Dann begründeten Abg. Fränkel (Komm.) vor leerem Hause einen Antrag ihrer Partei auf Erlass einer Amnestie für Vergehen wegen Abtreibung, Abg. Opitz (L.) Anträge über Entlastung und Entschädigung der Arbeiterdemonstranten und über Einleitung einer Untersuchung gegen die Polizei.

Im weiteren Verlaufe der Sitzung begründet Abg. Herkel (Soz.) eine Anfrage seiner Partei wegen der angeblichen Mißhandlung des Gerichtsreferendars Riehlung, sowie eine weitere Anfrage wegen der Nichtverhandlung eines Staatsanwaltes während der Zeit des Demonstrationenverbotes.

Innenminister Dr. Richter antwortet: Wenn in der ersten sozialdemokratischen Anfrage behauptet werde, daß der Referendar Riehlung von einem Polizeibeamten mit einem Gummitupfel derart über den Kopf geschlagen worden sei, daß der Verbleib an den Folgen der Schläge gestorben sei, so sei das eine Behauptung, für deren Richtigkeit bisher jeder Beweis fehle. Das sofort nach Bekanntwerden des Falles vom Polizeipräsidenten eingeleitete Ermittlungsverfahren wegen fahrlässiger Tötung habe noch an. Das Ergebnis werde nach Abschluß des Strafverfahrens bekanntgegeben. Es könne aber heute schon gesagt werden, daß die Staatsanwaltschaft aller Vorwürfe nach dem Bestehen einzuflehen werde.

Was die zweite Anfrage anlangt, so habe es sich beim Staatsheim nicht um eine Demonstration, sondern um den Transport mit Nationalsozialisten aus einer Versammlung nach Reichshardt bei Dippoldiswalde gehandelt.

Auch ein kommunistischer Transport, der um die gleiche Zeit stattgefunden habe, sei nicht beanstandet worden.

Auf den kommunistischen Antrag betreffend die kommunistischen Demonstrationen erklärt der Minister: Die Demonstrationen vom 6. März seien auf Befehl von Sowjet-Rußland inszeniert worden. Diese Demonstrationen hätten verboten werden müssen. Bei dem Erlass des Verbotes hätten Polizeioffiziere nicht mitgewirkt. Es habe sich bei den Kommunisten um eine abscheuliche Kollaboration gehandelt, denen der Staat mit allen gesetzlichen Mitteln entgegenzutreten müsse. Die Polizei habe ihre Pflicht während der Demonstrationen treu erfüllt; wenn eine Schuld der Pflichtverletzung nachgewiesen werden könne, wird Verhaftung der schuldigen Beamten erfolgen.

Abg. Fränkel (Deutschnat.) begründet einen Antrag seiner Partei, die Regierung zu ermahnen, mit allen Mitteln die die Staatsgewalt, die Gesetzgebung und das Strafrecht in ihren Händen haben, dieser kommunistischen gefährlichen Tätigkeit vorzubeugen und sie nach Möglichkeit rücksichtslos zu unterbinden, sowie bei der Reichsregierung energisch darauf zu dringen, daß diese in ihrem Wahlbereich in gleicher Weise vorgeht. Seine Ausführungen gehen oft in dem Sphärischen der Kommunisten vollständig unter.

In der Aussprache über die Anträge und Anfragen unterstützt Abg. Frau Thümmel (Soz.) den kommunistischen Antrag auf Erlass einer Amnestie für Abtreibungsvergehen.

Abg. Renner (Komm.) verteidigt nochmals die fünf nützlichen Demonstrationen.

Abg. Herkel (Soz.) meint, die heutigen unerquicklichen Zustände würden beseitigt werden durch Annahme der sozialdemokratischen Arbeitsbeschaffungsanträge.

Abg. Diekmann (DVP.): Die Zusammenhänge der letzten Wochen seien dem politischen Kollaborationsbedürfnis der Kommunisten entsprungen. Der sächsische Polizei gebühre Dank dafür, daß sie ihrer schweren Aufgabe voll gerecht geworden sei, ohne daß sie von der Schmutzmasse Gebrauch machte. Im Falle Riehlung müsse erst das Untersuchungsresultat abgewartet werden, ehe man unbedingte Anträge gegen die Polizei richte.

Damit schließt, abends 10 Uhr, die Aussprache. Die Abstimmungen werden vertagt.

Das Haus beschließt hierauf, die übrigen Punkte von der Tagesordnung abzusehen. Sie sollen in der nächsten Sitzung, Dienstag, den 1. April, mitverhandelt werden. An erster Stelle aber soll die zweite Beratung des kommunistischen Auflösungsantrages stattfinden.

Stappe ist Cadix, wuher dem Führer des Flugbootes befinden sich noch Kapitänleutnant a. D. Bertram als Expeditionsleiter sowie ein Navigator und ein Monteur an Bord.

Die „Oceana“ in Konstantinopel eingetroffen.

Konstantinopel. Der Dampfer „Oceana“ ist am Dienstag um 18 Uhr in Konstantinopel eingetroffen. Gestern um 11 Uhr setzte er seine Reise fort.